

Kitesurfer breiten sich im Nationalpark Wattenmeer aus

Verwaltung in Wilhelmshaven genehmigt weitere Flächen / Naturschützer protestieren

METROPOLREGION BREMEN · OLDENBURG



WILHELMSHAVEN (DPA). Trotz massiver Bedenken von Naturschützern gibt es neue Flächen für Kitesurfer im geschützten Wattenmeer-Nationalpark. Mehrere Gemeinden und die Nordseeinseln Langeoog und Norderney hatten dies beantragt. Die Verwaltung des Nationalparks genehmigte den Antrag. Die Regelung sei geeignet, die Schutzziele des Nationalparks sicher zu stellen, erklärte gestern Nationalpark-Leiter Peter Südbeck. Naturschützer im Wattenrat sprachen dagegen von Rechtsbeugung, da alle gesetzlichen Vorgaben ignoriert worden seien. „Das Prädikat Weltnaturerbe sollte diesem Nationalpark umgehend wieder abkannt werden“, forderte Manfred Knake vom Wattenrat. Kitesurfen ist eine neue Trendsportart – dabei lassen sich die Sportler auf einem Surfbrett von einem Lenkdrachen in der Luft über das Wasser ziehen.



Für Naturschützer ein Ärgernis: Kitesurfer springen vor dem Strand von Cuxhaven-Döse über die Wellen der Nordsee.

ARCHIVFOTO: DPA

Uni Bremen erhält neuen Rektor

BREMEN (DPA). Prof. Bernd Scholz-Reiter wird neuer Rektor der Universität Bremen. Der 54 Jahre alte Produktionstechniker wurde nach Angaben der Universität gestern im zweiten Wahlgang gewählt. Er tritt sein neues Amt am 1. September 2012 an. Sein Vorgänger Wilfried Müller verabschiedet sich dann nach zehnjähriger Amtszeit in den Ruhestand. Scholz-Reiter ist seit 2000 Hochschullehrer in Bremen. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der TU Berlin. Entscheidendes Ziel seiner Arbeit sei die finanzielle Sicherung der Universität.

Bremen ehrt Deserteur

BREMEN (EPD). Der Bremer Senat hat Deutschlands letzten noch lebenden Wehrmachtsdeserteur Ludwig Baumann zu dessen 90. Geburtstag geehrt. Das sei auch als politisches Signal gemeint, betonte Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) am Dienstagabend bei einem Senatsempfang im Rathaus der Hansestadt. Baumann habe sich über Jahrzehnte als Betroffener und als Zeitzeuge gegen Gewalt und für Menschenliebe engagiert.

VON A. SCHNACKENBURG

Die Erkennungszeichen unter Rassisten werden immer subtiler. Nicht umsonst hat das Bremer Netzwerk „pro aktiv gegen rechts“ kürzlich eine eigene Broschüre dazu vorgestellt. Die Beraterin Isabell Stewen spricht über ihre Arbeit.

dk: Frau Stewen, seit einem Jahr beraten Sie Bürger im Umgang mit Rechtsextremen. Was hat sich in dieser Zeit verändert?

Isabell Stewen: Seit Jahren vollzieht sich ein Wandel im Auftreten der rechten Szene und ihren Rekrutierungspotenzialen. Die rechte Szene in Bremen und Bremerhaven organisiert sich teils aktionsorientiert über „Freie Kameradschaften“ wie bei-

spielsweise den „Freien Nationalisten“, die wiederum Kontakte zur NPD pflegen. Außerdem verorten sich die Rechten auch in Hooliganmilieus, im Musikbereich sowie in der organisierten Kriminalität. Außerlich treten Rechtsextremisten heute ebenfalls unscheinbarer auf. Bei rechts-extrem orientierten Jugendlichen beobachten wir, dass diese a priori gar nicht politisch angesprochen werden, sondern vielmehr über Klamotten, Musik, Lifestyle die Nähe zur Szene finden.

Nicht politisch?

Um die Gesamtproblematik besser zu begreifen, folgen wir dem Pädagogen Wilhelm Heitmeyer. Der hat den

Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ geprägt. Er zeigt auf, dass Rassismus, Sexismus und Homophobie dicht beieinander liegen. Die Wurzel des Übels ist dort zu suchen, wo die Ausgrenzung beginnt: oftmals in der Mitte der Gesellschaft. Nicht umsonst finden Sie in fast allen gesellschaftlichen Kreisen rechtsextremes Gedankengut.

Was bedeutet das in der Praxis?

Das Problem der sozialen Ausgrenzung spielt beispielsweise für die Rekrutierung der rechten Szene eine entscheidende Rolle. Sie docken dort an, wo Menschen nicht mehr er-

reicht werden. Ganz profan: ein junger Mann wurde von seiner Freundin verlassen und fühlt sich allein. Jetzt bietet sich ihm ein anderer als Kummerkasten an, trinkt mit ihm ein paar Bier. Man nennt das „sozialarbeitsnahe Offerten“. Als nächstes fährt er mit ihm in zweifelhafter Gesellschaft zum Konzert einer rechten Band – und so weiter.

Wie können Sie konkret helfen, wenn beispielsweise jemand zu ihnen kommt, der sich in seinem

Arbeitsumfeld von Rechten umgeben sieht?

Erst einmal können wir uns die Gesamtsituation ansehen, um dann gemeinsam weitere Schritte zu überlegen. Wir verfügen über ein großes Landesberatungsnetzwerk, so dass wir zu allen möglichen Fragen Ansprechpartner finden und gemeinsam passende Maßnahmen zur Bearbeitung des rechtsextremen Konflikts entwickeln können. Wichtig ist, dass sich, wer bei uns Hilfe sucht, nicht allein gelassen fühlt.

INTERVIEW

ZUR PERSON

Isabell Stewen (33) arbeitet seit einem Jahr als Beraterin für das Bremer Landesnetzwerk „pro aktiv gegen rechts“. Zudem ist die Pädagogin seit sechs Jahren für den Verein zur Förderung Akzeptierender Jugendarbeit e. V. (VAJA) als Streetworkerin tätig. Wer Hilfe im Kampf gegen rechts sucht, findet diese unter www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de und der Nummer (04 21) 36 15 93 11.

Nordwestbahn vergisst den Bahnhof Berne

Halt kommt im Fahrplan nicht vor / Morgen neues Heft



Einfach vergessen: der Bahnhof Berne.

FOTO: DPA

BREMEN-OSNABRÜCK (DPA). Die Betreiberin der Regionals-Bahn in Bremen muss ein teures Versehen glattbügeln: Weil im gerade frisch verteilten Fahrplanheft die Gemeinde Berne in der Wesermarsch fehlt, musste die komplette Auflage des Fahrplanes neu gedruckt werden, sagte gestern eine Sprecherin der Nordwestbahn in Osnabrück. Wie viele Exemplare eingestampft werden müssen, ist noch unklar. Erstmals hatte die Nordwestbahn gemeinsam mit der Deutschen Bahn ein Fahrplanheft entwickelt – dabei wurde Berne einfach übersehen. „Auch beim Korrekturlesen haben wir es nicht bemerkt.“ Morgen soll die neue Auflage des Heftes verteilt werden.

FDP: Völliges Chaos / Grüne Senatorin: Abstruse Vorwürfe

BREMEN (TE). In Bremen ist ein heftiger Streit um den möglichen Abbau von Hortplätzen entbrannt. Während die grüne Sozialsenatorin Anja Stahmann Vorwürfe zurückwies, sie wolle Horte mit über 600 Betreuungsplätzen für Grundschulkindern schließen, sieht die Opposition im Senat derzeit völlige Planlosigkeit.

Der jugendpolitische Sprecher der Bremer FDP, Magnus Buhlert, kritisiert: „Bei allem Verständnis für das Ersetzen von Hortplätzen durch Plätze an Ganztagsgrundschulen: Das Planungschaos, das das Jugendressort und das Bildungsressort durch ihr unabgestimmtes Vorgehen anrichten, ist völlig unverständlich und war ver-

meidbar.“ Während schon Listen kursierten, welche Horte geschlossen werden sollen, sei völlig unklar, welche Grundschulen künftig Ganztagsangebote bereithielten. „Insbesondere berufstätige und allein-erziehende Eltern brauchen aber Planungssicherheit“, sagte Buhlert.

Bildungsdeputation will im Januar entscheiden

Als „vollkommen abstrus“ bezeichnete Sozialsenatorin Stahmann die Vorwürfe, sie wolle planlos Horte mit über 600 Betreuungsplätzen für Grundschulkindern schließen: „Ich kann diese abenteuerliche Darstellung nur ins Reich der Mythen und Märchen verweisen.“

Tatsache sei, dass die Koalition aus bildungs- und sozialpolitischen Gründen im Lauf der Legislaturperiode weitere Ganztagsgrundschulen einrichten will. „Jede neu eingerichtete Ganztagsgrundschule nimmt Kinder auf, die dann keinen Hortplatz mehr brauchen“, sagte die Senatorin. „Nur wo neue Ganztagsgrundschulen entstehen, können auch Hortplätze abgebaut werden. Der Abbau von Hortplätzen ist aber immer erst der zweite Schritt.“

Im Januar will die Bildungsdeputation beraten, ob und an welchen Standorten weitere Ganztagsgrundschulen aufgebaut werden. Erst dann sei klar, so Stahmann, welche Hortstandorte auf lange Sicht betroffen seien.

Bremer streiten sich um Abbau von Hortplätzen